



Möchte schnelles Internet bis in die hintersten Winkel, auch in Rabius in der Surselva: CVP-Nationalrat Martin Candinas. Foto: Remo Nägeli (EQ Images)

Das High-Speed-Trickli des Martin Candinas

Unrentabler Netzausbau Bis in die hintersten Täler sollen Hochgeschwindigkeitskabel gezogen werden. So will es der Bündner Nationalrat. Doch die Pläne sind kostspielig.

Beni Gafner

Es war kurz vor Sitzungsschluss am 10. September, nach sechsstündiger Sitzung. Das letzte Geschäft vor dem Mittagessen dauerte gerade noch ein paar Minuten. Fast handstreichartig sagte der Rat nach kurzer Gegenrede von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) Ja zu Breitbandanschlüssen für alle – auch für jene, die weit abgelegen leben.

Jetzt zeigen sich die Folgen. Der Nationalrat hat als Erstrat

Ausgaben beschlossen, die sich nicht genau beziffern lassen und für welche die Nutzerinnen und Nutzer von Internet- und Handyabonnements aufkommen müssen. Nun empfiehlt auch die vorbereitende Ständeratskommission ein Ja zum Ausbau des Breitbandnetzes von bisher 10 auf neu 80 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) – flächendeckend für die ganze Schweiz.

Ob im Bündner Calancatal, am Aeschenschplatz in Basel, in der

Länggasse in Bern oder an der Zürcher Bahnhofstrasse – überall soll auf Datenautobahnen mit Rekordtempo kommuniziert werden können. Die Swisscom rechnet für diesen Ausbauschritt mit Kosten von 2 Milliarden Franken, das Bundesamt für Kommunikation nennt eine Investitionssumme von 3,6 Milliarden, und Bundesrätin Sommaruga erwartet 3,5 Milliarden, die für die Umsetzung des Parlamentsauftrags aufgeworfen werden müssen. Wie



konnte es nur so weit kommen? **Die Schweiz hat schon jetzt das schnellste Netz Europas**

Der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas will, dass jeder und jede im Land Anrecht hat auf einen Anschluss mit mindestens 80 Megabit pro Sekunde. Seit Anfang Jahr liegt die vom Bund vorgeschriebene Mindestbandbreite bei 10 Mbit/s. Berglobbyist Candinas begründet seinen Vorstoss im Zeichen von Corona und vermehrtem Homeoffice so: Per Ende 2019 waren 3,9 Millionen oder 74 Prozent der Wohnungen und Geschäfte mit Ultrabreitband (über 80 Mbit/s) erschlossen. Von den restlichen 26 Prozent und den betroffenen Regionen spreche aber niemand. Es sind dies 1,4 Millionen Wohnungen und Geschäfte. Für diese müsse nun die Politik sorgen, da hier vielfach ein Marktversagen herrsche und die Swisscom keine Anreize für Investitionen habe.

Die Schweiz verfüge im europäischen Vergleich über eine hervorragende Abdeckung mit Breitbandinternet, antwortete der Bundesrat. Er lehnt die Motion ab und verweist auf hohe jährliche Investitionen der Anbieter. Pro Jahr investiere die Swisscom rund 1,6 Milliarden Franken in

den Netzausbau. Gleichzeitig hätten Sunrise und Salt die Gründung eines Joint Venture bekannt gegeben, das in den nächsten Jahren rund 3 Milliarden in den Glasfaserausbau zur Erschliessung noch nicht damit versorgter Gebiete investieren wolle.

Mit den seit Anfang Jahr als minimale Grundversorgung vorgeschriebenen 10 Mbit/s liege die Schweiz punkto Grundversorgung bereits an der europäischen Spitze. Diese flächendeckend garantierte Leistung sei ausreichend, um Dienste wie E-Mail, Telefonie, Videotelefonie, Video-streaming, Informationsplattformen, Onlinebanking, Online-shopping, Social Media oder Web-Browsing nutzen zu können.

In der Kommission für Verkehrs- und Fernmeldewesen des Ständerats stösst Candinas' Motion erstmals auf Bedenken. Eine Minderheit will genauer wissen, was der Vorstoss unter dem Strich kostet. Trotzdem empfiehlt die Kommission mit 8 zu 5 Stimmen, die Motion anzunehmen. Sie unterstreicht, dass eine flächendeckende Grundversorgung mit Breitbandinternet gerade für die Standortattraktivität der Peripherie gegenüber den Zentren nicht zu vernachlässigen sei.

Swisscom investiert lieber dort, wo Wettbewerb herrscht

Von einem Ausbaubefehl betroffen wäre in erster Linie die Swisscom. Sie hat als einzige Anbieterin eine Grundversorgungskonzession und müsste daher den Leistungsausbau vornehmen. Die Swisscom wehrt sich gegen die Erhöhung der Versorgungspflichten, weil sie in der Regel vor allem dort in ihr Kommunikationsnetz investiert, wo Infrastrukturwettbewerb herrscht. Sprecher Sepp Huber sagt, die heutige Grundversorgung garantiere an jedem Internetanschluss eine Bandbreite von mindestens 10 Mbit/s. Eine Umsetzung der Motion im Wortlaut bedeute, dass die Swisscom für 2 Milliarden Franken rund 400'000 unrentable Anschlüsse ausbauen müsste, an Orten mit wenig Bedarf. «Dies schwächt sie als bislang einzige Grundversorgungskonzessionärin im Wettbewerb und schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz.»

Um wie viel die Abopreise steigen würden, darüber können weder Bundesrat noch Swisscom heute Auskunft geben. Abschliessend entscheiden über die Motion Candinas wird der Ständerat in der Dezembersession.